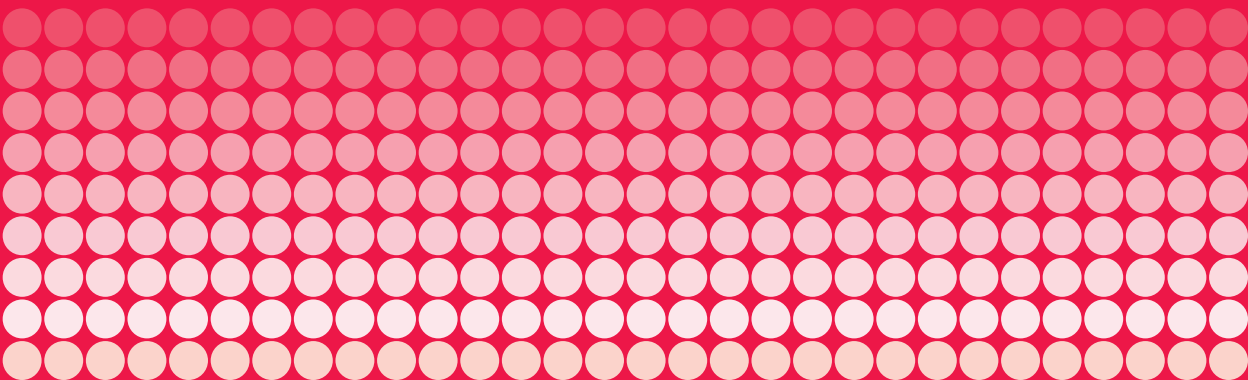


SIPRI YEARBOOK 2009

**Armaments,
Disarmament and
International
Security**

Kurzfassung auf Deutsch



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Das Internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung der Friedens- und Konfliktproblematik, insbesondere die der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 in Würdigung des 150 Jahre fortwährenden Friedens in Schweden gegründet.



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna, Sweden
Telephone: +46 8 655 97 00
Fax: +46 8 655 97 33
Email: sipri@sipri.org
Internet: www.sipri.org

INSTITUT FÜR FRIEDENSPÄDAGOGIK TÜBINGEN E.V.

Das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1976 (unter dem Namen Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.) als friedenspädagogische Fach- und Servicestelle bundesweit etabliert. Ein zentrales Anliegen seiner Arbeit ist es, Friedenserziehung durch ein Angebot fundierter Materialien, Bildungsangebote und Beratung in der Gesellschaft zu verankern und Zugänge in alltägliche Bildungszusammenhänge zu eröffnen. Dies geschieht – in enger Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis – durch direkte Unterstützung, durch Beratung und Serviceangebote, durch die intensive Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Friedenserziehung im Rahmen von Projektarbeit, durch die Entwicklung von Unterrichtsmedien, durch Seminarangebote sowie die eigenständige und schnelle Publikation der Ergebnisse über das Internet sowie in einem eigenen Verlag.



Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Correnstr. 12
D-72076 Tübingen
Deutschland
Telefon: +49 7071/920510
Fax: +49 7071/9205111
Email: kontakt@friedenspaedagogik.de
URL: www.friedenspaedagogik.de

DAS SIPRI JAHRBUCH

Das SIPRI Jahrbuch ist 1969 zum ersten Mal erschienen und liegt nun in der 40. Ausgabe vor. Das *SIPRI Yearbook 2009* ist eine Zusammenstellung von Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze sowie neuesten Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Am SIPRI Jahrbuch beteiligen sich sowohl SIPRI Wissenschaftler als auch eingeladene externe Experten.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2009* zusammen und enthält eine Auswahl von zentralen Daten und Informationen.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung. Internationale Sicherheit, Rüstung und Abrüstung im Jahr 2008 2

Teil I. Sicherheit und Konflikte, 2008

- 1. Massenvertreibung ausgelöst durch Konflikte und einseitige Gewalt: nationale und internationale Reaktionen 3
- 2. Trends bei bewaffneten Konflikten: einseitige Gewalt gegen die Zivilbevölkerung 4
- 3. Die Legitimität von Friedenseinsätzen 6
- 4. Sicherheit und Politik in Afghanistan: Fortschritte, Probleme und Perspektiven 8

Teil II. Militärausgaben und Rüstung, 2008

- 5. Militärausgaben 10
- 6. Rüstungsproduktion 12
- 7. Internationale Rüstungstransfers 14
- 8. Globale Atomstreitkräfte 16

Teil III. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2008

- 9. Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung 17
- 10. Verringerung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Waffen 18
- 11. Konventionelle Rüstungskontrolle 19
- 12. Kontrolle sicherheitsrelevanter internationaler Exporte 20

Anhänge 22

Übersetzung der deutschen Kurzfassung: Anne Romund



EINLEITUNG. INTERNATIONALE SICHERHEIT, RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG IM JAHR 2008

BATES GILL

Das Jahr 2008 war von zunehmenden Bedrohungen der Sicherheit, der Stabilität und des Friedens in nahezu allen Teilen der Welt geprägt. Die Folgen der globalen Finanzkrise werden die Lage wahrscheinlich noch verschärfen, obgleich Regierungen und Nichtregierungsorganisationen versuchen effektiv darauf zu reagieren. Die Konflikte in Afghanistan und Irak bestanden fort, mit moderaten Verbesserungen der Sicherheitslage im Irak und sich verschlechternden Bedingungen in Afghanistan. 2008 gab es insgesamt 16 größere bewaffnete Konflikte. Viele von ihnen intensivierten sich im Laufe des Jahres. Gezielte Gewalt von Kriegsparteien gegen die Zivilbevölkerung nahm zu und wurde in einem erschreckenden Maße alltäglich.

Das Jahr zeigte aber auch einige vielversprechende Entwicklungen. Hohe – vielleicht allzu hohe – Erwartungen, hervorgerufen durch die Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten, wurden begleitet von der Hoffnung auf realistische Abzugspläne aus dem Irak, auf die Stabilisierung Afghanistans und auf einen Wandel der US-Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft. Die Erwartungen an Präsident Obama sind auch dahingehend hoch, dass er die transatlantischen Beziehungen wieder beleben, gute Beziehungen zu Russland aufbauen und der islamischen Welt entgegen kommen wird. Ferner, dass er mehr Zeit und Energie in die Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan, im Mittleren Osten und in Pakistan sowie in die Beziehungen zum Iran investiert.

Das SIPRI Jahrbuch 2009 verdeutlicht, welche schwierige Aufgaben dies sein

werden. Die Auflösung staatlicher Gewalt in schwachen Staaten der sich entwickelnden Welt scheint sich fortzusetzen, was das Leid für die Zivilbevölkerung und die regionale Instabilität verlängert. Die Sicherheitslage in Afghanistan wird sich wohl verschlimmern ehe die lang erhoffte Stabilität und Entwicklung erreicht werden kann, zumal die Sicherheitslage im benachbarten Pakistan sich ebenfalls verschlechtert. Die Lage in Pakistan wird vermutlich langfristig ein größerer Anlass zur Besorgnis für die regionale und globale Sicherheit sein.

Russland und die USA könnten ihre Beziehungen im nächsten Jahr rasch verbessern, einschließlich ihrer Kooperation in der Rüstungskontrolle und bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Dennoch scheinen eine erfolgreiche Überprüfungskonferenz des Atomaren Nichtverbreitungsvertrags 2010 ebenso in weiter Ferne wie Fortschritte bei der Abrüstung und strengere Kontrollen gegen mögliche Weiterverbreitung; trotz der Anstrengungen auf hoher Ebene hier Fortschritte zu erzielen. Anschläge von nichtstaatlichen Akteuren mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen bleiben weiterhin eine bedrohliche Perspektive.

Diese und andere Herausforderungen könnten durch die globale Finanzkrise noch verschärft werden, da es mächtigen Staaten schwer fällt den nötigen politischen und wirtschaftlichen Willen aufzubringen, um gemeinsam die globalen und regionalen Sicherheitsprobleme anzugehen.



1. MASSENVERTREIBUNG AUSGELÖST DURCH KONFLIKTE UND EINSEITIGE GEWALT

ROBERTA COHEN UND FRANCIS M. DENG

Die Massenvertreibung von Menschen innerhalb von Staaten und über Staatsgrenzen hinaus ist zu einem prägenden globalen Merkmal nach dem Ende des Kalten Krieges geworden. Sie ist außerdem ein Hauptmerkmal ‚menschlicher Unsicherheit‘ und richtet wie Genozid, Terrorismus und schwere Menschenrechtsverletzungen verheerendes Leid in der Zivilbevölkerung an. Die zugrundeliegenden Ursachen von Massenvertreibung sind Konflikte über Macht, Wohlstand und Ressourcenverteilung. Nationale und internationale Institutionen haben somit bei der Beendigung von Konflikten und Vertreibungen im Rahmen von Friedensprozessen die Möglichkeit tiefere strukturelle gesellschaftliche Gräben zu schließen.

Die Notwendigkeit des internationalen Schutzes von Binnenvertriebenen war einer der Faktoren, der einen Wandel in der globalen Politik und in der Auffassung staatlicher Verantwortung auslöste. Während der letzten zwei Jahrzehnte hat sich das staatenzentrierte System, in dem die Souveränität absolut galt, in ein System gewandelt, in dem das Verhalten von Staaten gegenüber ihren Bürgern zum Gegenstand internationalen Interesses und genauer Überprüfung wurde. Die Durchführung von zusätzlichen humanitären Missionen und Friedenseinsätzen zum Schutz der Zivilbevölkerung sind ebenso Ausdruck dieser neuen Realität wie präventive und friedenskonsolidierende Einsätze.

Trotzdem sind das Souveränitätskonzept der Verantwortung und der Ansatz der Schutzverantwortung (R2P) weit entfernt von der internationalen

Bereitschaft und Fähigkeit diese auch durchzusetzen. Wenn Staaten dabei versagten ihre eigenen Bürger zu schützen, hatte dies häufig nur schwache internationale Reaktionen zur Folge. Es ist entscheidend, dass die Vereinten Nationen, betroffene Regierungen, regionale Behörden und die Zivilgesellschaft (a) Staaten dabei unterstützen eigene Kapazitäten aufzubauen und (b) nachdrücklich auf die Entwicklung notwendiger Instrumente drängen. Diese Instrumente müssen die internationale Gemeinschaft befähigen, ausdrückliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn Überzeugungsversuche scheitern und viele Menschen der Bedrohung durch Gewalt und humanitäre Katastrophen ausgesetzt sind.

Die jüngsten Friedensabkommen beinhalten Regelungen über die Rückkehr, Wiederansiedlung und Reintegration von Vertriebenen. Binnenvertriebene und rückkehrende Flüchtlinge in Diskussionen hierüber einzubeziehen kann Gewalt verhindern, fortgesetzter Ausbeutung und Misshandlung vorbeugen, größeres Vertrauen schaffen und die Erholung der lokalen Wirtschaften fördern.

Regierungen müssen ihre Verantwortung gegenüber den Binnenvertriebenen wahrnehmen. Die UN-Kommission für Friedenskonsolidierung sollte aktiver mit ihnen zusammenarbeiten. Es geht darum ihnen eine sichere und nachhaltige Rückkehr zu gewährleisten, die Marginalisierung verschiedener Gruppen zu beheben und die tieferen Ursachen von Konflikten zu beseitigen, indem frühere Ungerechtigkeiten entschädigt werden.



2. TRENDS BEI BEWAFFNETEN KONFLIKTEN: EINSEITIGE GEWALT GEGEN DIE ZIVILBEVÖLKERUNG

EKATERINA STEPANOVA

GRÖßERE BEWAFFNETE KONFLIKTE, 2008

Im Jahr 2008 fanden 16 größere bewaffnete Konflikte in 15 Ländern der Welt statt, das sind 2 mehr als im Jahr 2007.

	Konfliktregion
<i>Afrika</i>	Burundi‡
	Somalia↓
	Sudan‡
<i>Amerika</i>	Kolumbien↓
	Peru↑
	USA*↑
<i>Asien</i>	Afghanistan*↓
	Indien (Kaschmir)↓
	Myanmar (Karen State)↓
	Pakistan‡
	Philippinen↑
	Philippinen (Mindanao)↑
<i>Mittlerer Osten</i>	Sri Lanka („Tamil Eelam“)↑
	Irak↓
	Israel (Palästinensische Gebiete)↑
	Türkei (Kurdistan)*↑

Im Falle von Territorialkonflikten steht das umstrittene Gebiet in Klammern nach dem Ländernamen. In allen anderen Konflikten geht es um die Regierungsmacht.

* Kämpfe in diesen Konflikten fanden auch an anderen Orten statt.

↑ Zunahme der Zahl der Todesopfer infolge von Kampfhandlungen gegenüber 2007.

↓ Abnahme der Zahl der Todesopfer infolge von Kampfhandlungen gegenüber 2007.

‡ Konflikt inaktiv oder 2007 nicht als größerer Konflikt definiert.

Alle diese Konflikte sind innerstaatlicher Natur: im fünften Jahr in Folge, so auch im Jahr 2008, gibt es keinen größeren zwischenstaatlichen Konflikt. Allerdings unterstützen Truppen aus Drittstaaten jeweils eine der Konfliktparteien in den

Im Gegensatz zu Gewalt im Rahmen von bewaffneten Kampfhandlungen, die die Zivilbevölkerung unterschiedslos treffen kann, zielt „einseitige“ Gewalt in bewaffneten Konflikten direkt und bewusst auf die Zivilbevölkerung ab. Auch wenn es schwer sein mag, die Absicht hinter dieser Gewalt zu erkennen und zwischen einseitiger und unterschiedsloser Gewalt zu trennen, zeigen die Daten, dass Handlungen einseitiger Gewalt seit den frühen 1990er Jahren signifikant zugenommen haben. Gleichzeitig ist die Zahl der bewaffneten Konflikte im selben Zeitraum gesunken.

Ausmaß, Motivation und Tätertypen bei Massakern, terroristischen Anschlägen und anderen Akten einseitiger Gewalt variierten im Jahr 2008 in den Konflikten in Somalia, Sri Lanka, Südossetien (Georgien) und Kolumbien. Die Fälle von Somalia und Sri Lanka bestätigen das dominierende Muster einseitiger Gewalt in bewaffneten Konflikten. Es ist konstante, fast routinemäßige Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, die nicht als Massenverbrechen gilt und von allen bewaffneten Akteuren, einschließlich Regierungstruppen, nichtstaatlichen Akteuren und anderen begangen wird. Selbst wenn die Zahl der Todesopfer wenige Hundert beträgt, wie im Konflikt über Südossetien, kann eine Kombination aus unterschiedslosen Angriffen durch die Regierung und Vorfällen einseitiger Gewalt, insbesondere von irregulären Truppen, zu einer unverhältnismäßig großräumigen Vertreibung der Zivilbevölkerung führen. Kolumbien zeigt im Gegensatz dazu Zeichen einer Umkehrung der tief verwurzelten Struktur einseitiger Gewalt.



Die Beispiele zeigen, dass nicht unterscheidende Gewalt tödlicher ist, wenn sie von Regierungstruppen ausgeübt wird. Dennoch sind in diesem Jahrzehnt die Opferzahlen durch einseitige Gewalt von staatlicher Seite verglichen mit den 1990er Jahren relativ gesunken. Dieser Trend wird teilweise aufgewogen durch:

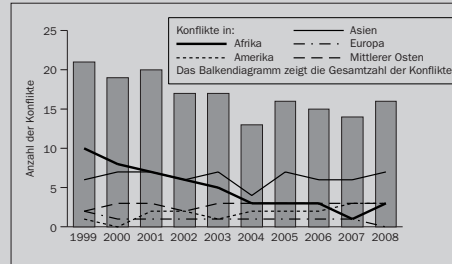
- die bei der staatlichen Bekämpfung von Aufständischen verstärkte Abhängigkeit von regierungstreuen Milizen – eine Form von „Outsourcing“ der Misshandlung und der direkten Gewalt gegen die Zivilbevölkerung;
- die wachsende Rolle von Rebellen bei der Anwendung einseitiger Gewalt gegen zivile Opfer. Dies schließt terroristische Anschläge ein, die zunehmend als asymmetrische Kampfaktik gegen den Staat verwendet werden;
- die Tatsache, dass im breiteren Kontext der Ausuferung von Gewalt und der Ausdifferenzierung bewaffneter Akteure – insbesondere in schwachen und nicht funktionierenden Staaten – einige der schlimmsten Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung vorkommen. Diese werden durch lokale Machthaber, bewaffnete irreguläre Truppen und kriminelle Banden ohne klare politische Agenda begangen.

Falls die relative Abnahme der einseitigen Gewalt in einigen Fällen keine kurzzeitige Folge der Massenvertreibung ist, liegt sie wohl eher am Aufbau minimal funktionierender lokaler Regierungsstrukturen, wenn auch mit oft fragwürdiger Menschenrechtsbilanz, als an der Befolgung der Normen des internationalen humanitären Völkerrechts durch die Konfliktparteien.

folgenden vier Konflikten: USA, Afghanistan, Irak und Somalia.

Im letzten Jahrzehnt ist die Gesamtzahl der Konflikte von 21 im Jahr 1999 auf 16 gesunken. Der Trend ist nicht linear, es gab Zuwächse in den Jahren 2005 und 2008.

Größere bewaffnete Konflikte, 1999–2008



DER GLOBALE FRIEDENSINDEX 2009

Der Globale Friedensindex (GPI) versucht zu bestimmen, welche kulturellen Merkmale und Institutionen mit der Friedensfähigkeit von Staaten einhergehen.

Die „friedlichsten“ und „unfriedlichsten“ Staaten, 2009

Rang	Staat	Punktzahl
1	Neuseeland	1.202
2	Dänemark	1.217
2	Norwegen	1.217
4	Island	1.225
5	Österreich	1.252
16	Deutschland	1.392
18	Schweiz	1.393
140	Sudan	2.922
141	Israel	3.035
142	Somalia	3.257
143	Afghanistan	3.285
144	Irak	3.341

Diese Fakten und Daten wurden dem Anhang 2A, „Patterns of major armed conflicts, 1999–2008“, von Lotta Harbom und Peter Wallensteen vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP), gestützt auf die UCDP Datenbank, <<http://www.ucdp.uu.se/database/>>; und dem Anhang 2B, „Global Peace Index 2009“, von Clyde McConaghy, Institute for Economics and Peace entnommen.



3. DIE LEGITIMITÄT VON FRIEDENSEINSÄTZEN

SHARON WIHARTA

FRIEDENSEINSÄTZE, 2008

Im Jahr 2008, wie auch 2007, wurden 60 multilaterale Friedenseinsätze durchgeführt. Eine Rekordzahl von 187.586 Personen wurde eingesetzt, dies entspricht einer Steigerung von 11 % zum Vorjahr. Hiervon zählten 166.146 zum militärischen und 21.440 zum zivilen Personal, Polizeikräfte eingeschlossen.

Die Internationale Schutztruppe in Afghanistan (ISAF) blieb mit einer Truppenstärke von 51.356 Personen die größte Friedensmission, was eine Steigerung um 9.600 gegenüber 2007 darstellt. MONUC in der Demokratischen Republik Kongo und UNAMID in Darfur, Sudan, waren die zweit- und drittgrößten Missionen.

Friedenseinsätze, nach Region, 2008

	Zahl der Einsätze	Gesamtzahl des entsandten Personals
Afrika	19	78 975
Amerika	2	9 621
Asien	10	55 542
Europa	19	26 797
Mittlerer Osten	10	16 651
Gesamt	60	187 586

Im Jahr 2008 (Stand Dez. 2008) haben insgesamt 137 Staaten uniformiertes Personal (d.h. Truppen, militärische Beobachter und zivile Polizei) in Friedenseinsätze entsandt. Von diesen Ländern haben 115 militärisches Personal bereitgestellt, wobei die folgenden 10 Staaten in absteigender Reihenfolge die größten Kontingente stellten: USA, Frankreich, Pakistan, Großbritannien, Bangladesch, Indien, Italien, Deutschland,

Sechzig Jahre nach dem Beginn des ersten Friedenseinsatzes der Vereinten Nationen (UN) gibt es die Sorge, dass sich die Friedenssicherung auf dem Weg in die Krise befindet. Dabei sind Fragen bezüglich der Legitimität von Friedenseinsätzen von zentraler Bedeutung.

Werden Defizite in der Legitimität eines Einsatzes wahrgenommen, kann dessen Effektivität maßgeblich unterminiert werden. Legitimität umfasst drei miteinander verbundene und sich gegenseitig verstärkende Elemente: politischen Konsens, Rechtmäßigkeit und moralische Autorität.

- Politischer Konsens bezieht sich auf die Einigung oder Zustimmung externer Akteure und der jeweiligen Regierung, dass ein Friedenseinsatz benötigt wird und angemessen ist.
- Die Legitimität eines Einsatzes wird als abhängig vom politischen Konsens und von dessen internationaler Rechtmäßigkeit angesehen.
- Das Verhalten der Einsatzkräfte bestimmt maßgeblich die moralische Autorität eines Friedenseinsatzes.

Die Rechtmäßigkeit der Europäischen Friedensmission im Kosovo (EULEX Kosovo) wurde in direktem Zusammenhang gebracht mit der umstrittenen Unabhängigkeit des Kosovo. EULEX Kosovo zeigt die zentrale Bedeutung auf, die ein politischer Konsens hat, welcher die Rechtmäßigkeit und die Legitimität eines Einsatzes umgibt. Umgekehrt zeigt die Erfahrung mit dem militärischen Einsatz der Europäischen Union im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR Tschad/RCA), wie sehr die



Angemessenheit eines Mandates und seine Durchführung dessen Legitimität beeinflusst und wie diese durch politische Notlösungen – international oder lokal – unterminiert werden kann.

Die UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC), die Mission der Afrikanischen Union (AU) in Somalia (AMISOM) und die hybride Mission von AU und UN in Darfur (UNAMID) zeigen, dass die moralische Autorität eines Einsatzes entscheidend ist, um die lokale Legitimität sicherzustellen. Wenn einem Einsatz keine moralische Autorität zuerkannt wird, kann sich dies auf die Entscheidung der Staaten auswirken Personal dafür bereitzustellen. Die Weigerung einiger Staaten weiteres Personal in den Kongo zu schicken war möglicherweise beeinflusst von den Skandalen über Fehlverhalten, die diesen Einsatz begleitet haben.

Die Nachfrage nach effektiver Friedenssicherung übersteigt das Angebot an personellen und anderen Ressourcen. So wurden den 23 UN-Missionen im Jahr 2008 rund 22.800 Personen zuwenig zur Verfügung gestellt. Es sollte Priorität haben, dass Einsätze politische, rechtliche und moralische Anerkennung genießen. Legitimität ist prinzipiell erstrebenswert und grundlegend für die Fähigkeit von multilateralen Friedenseinsätzen, um einen nachhaltigen Frieden zu fördern und zu sichern.

Nigeria und Ruanda. Die größten asiatischen und afrikanischen Truppensteller entsandten ihr militärisches Personal ausschließlich zu UN-Missionen (UNAMID eingeschlossen).

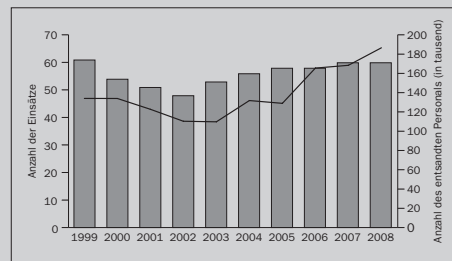
Friedenseinsätze, nach leitender Organisation, 2008

	Anzahl der Einsätze	Gesamtzahl des entsandten Personals
Vereinte Nationen	23*	98 614
Afrikanische Union	2	3 560
CEEAC	1	504
GUS	3	5349
Europäische Union	12	7932
NATO	3	65 978
OAS	1	40
OSZE	9	461
Ad hoc Koalitionen	6	5 148
Gesamtsumme	60	187 586

* UNAMID eingeschlossen.

Die jährliche Gesamtzahl aktiver Friedenseinsätze ist seit 2002 stetig angestiegen. Die Summe des entsandten Personals ist ebenso gewachsen, ausgehend von einem Tiefstand von 110.789 im Jahr 2003.

Friedenseinsätze und entsandtes Personal, 1999–2008



Balkendiagramm/linke Achse: Anzahl der Einsätze; Liniendiagramm/rechte Achse: entsandtes Personal.

Diese Fakten und Daten wurden dem Anhang 3A, „Multilateral peace operations, 2008“, von Kirsten Soder, entnommen und basieren auf der SIPRI Multilateral Peace Operations Database, <<http://conflict.sipri.org/>>.



4. SICHERHEIT UND POLITIK IN AFGHANISTAN: FORTSCHRITTE, PROBLEME UND PERSPEKTIVEN

TIM FOXLEY

Die Debatte über die Zukunft Afghanistans findet vor dem Hintergrund zunehmend selbstsicherer Angriffe durch Aufständische statt. Zudem gibt es nur langsame Fortschritte in den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und es herrscht eine negative Wahrnehmung bezüglich Afghanistans Zukunft. Obwohl die Bemühungen und das Engagement internationaler Organisationen notwendig für Afghanistan bleiben, bremsen deren mangelnde Koordinierung und fehlende Strategien den Fortschritt und frustrieren die afghanische Regierung und das Volk. 2008 verschob sich in den Medien und bei Analysten die Wahrnehmung dahingehend, dass der Krieg „nicht zu gewinnen“ sei. Die langfristigen Aussichten für Afghanistan sehen weiterhin trübe aus.

Es ist ermutigend, dass die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Vereinigten Staaten ihre Motive, Ziele und Ressourcen überprüfen. Ein Gefühl der internationalen Kriegsmüdigkeit und der Bereitschaft, die jeweiligen Erwartungen nach unten anzugleichen scheint groß. Der Optimismus nach der Wahl von US-Präsident Barack Obama wird eine Beurteilung seiner Politik nur aufschieben, nicht aufheben. Die „neue Strategie“ für Afghanistan sieht der alten sehr ähnlich. Vieles wird davon abhängen, wie effektiv die Obama-Regierung sich den Problemen in den nächsten beiden Jahren widmen wird, bevor einzelne Staaten beginnen ihre Truppen abzuziehen.

Das zögerliche Engagement der internationalen Gemeinschaft ging an der afghanischen Regierung, dem afghanischen Volk und – was wohl am

meisten Sorge bereitet – an den Aufständischen nicht unbemerkt vorüber. In den nächsten zwei oder drei Jahren könnte „Erfolg“ neu definiert werden, um den internationalen Truppen den Rückzug zu ermöglichen. Vorschnelle Aussagen über die Fähigkeiten der afghanischen Regierung und der Sicherheitskräfte gefolgt von einem hastigen internationalen Rückzug würden riskieren, eine gefährliche und unübersichtliche Lage in den Bereichen Sicherheit und Politik zu hinterlassen.

Bedauerlicherweise scheint Afghanistans Schicksal für die nächsten Jahre auf der Kippe zu stehen. Fortschritte werden weiterhin langsam, fehlerhaft und brüchig sein. Eine Vielzahl von Faktoren, wie ein politischer Mord, ein Vorfall, der zu hohen Opferzahlen unter der Bevölkerung führt (ob von der Internationalen Schutztruppe oder von Afghanen verursacht) oder eine Verschiebung der Loyalitäten der Warlords, könnten alleine oder in Kombination die Fortschritte schnell zunichte machen. Obwohl ein Großteil der Obama-Regierung ermutigenderweise „regional“ über Afghanistan denkt und Pakistan mit einschließt, gibt es unbestritten in diesem Land noch größere Probleme zu lösen.

Angesichts der Erfahrungen der internationalen Gemeinschaft in den letzten sieben Jahren ist womöglich das einzig sichere an der neuen US-Strategie, dass die zukünftigen politischen, militärischen und entwicklungspolitischen Anstrengungen in und um Afghanistan komplexer werden, länger dauern und die Resultate fragiler sein werden als ursprünglich angenommen.



ÜBERSETZUNGEN DES SIPRI JAHRBUCHS

SIPRI Yearbook 2009 wird in folgende Sprachen übersetzt

- Arabisch vom Centre for Arab Unity Studies (CAUS), Beirut, <<http://www.caus.org.lb/>>
- Chinesisch von der China Arms Control and Disarmament Association (CACDA), Beijing, <<http://www.cacda.org.cn/>>
- Russisch vom Institute of World Economy and International Relations (IMEMO), Moscow, <<http://www.imemo.ru/>>
- Ukrainisch vom Ukrainian Centre for Economic and Political Studies (UCEPS, Razumkov Centre), Kyiv, <<http://www.uceps.org/>>

Bitte kontaktieren Sie diese Organisationen für weitere Informationen.

Zusammenfassungen des SIPRI Jahrbuchs in anderen Sprachen

Die Zusammenfassung des Jahrbuchs wird in folgende Sprachen übersetzt

- Deutsch, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V., Tübingen, <<http://www.friedenspaedagogik.de/>>
- Französisch, in Zusammenarbeit mit dem Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS), Paris, <<http://www.iris-france.org/>>
- Japanisch, in Zusammenarbeit mit der Hiroshima University Library, Hiroshima, <<http://www.lib.hiroshima-u.ac.jp>>
- Katalanisch, in Zusammenarbeit mit der Fundació per la Pau, Barcelona, <<http://www.fundacioperlapau.org/>>
- Niederländisch, in Zusammenarbeit mit dem Flemish Peace Institute, Brüssel, <<http://www.vlaamsvredesinstituut.eu/>>
- Schwedisch
- Spanisch, in Zusammenarbeit mit dem Centro de Relaciones Internacionales, Universidad Nacional Autónoma de México, <<http://www.politicas.unam.mx/carreras/ri/>>

Weitere Informationen zum SIPRI Jahrbuch und den Übersetzungen sind erhältlich auf <<http://www.sipri.org/yearbook/>>.



5. MILITÄRAUSGABEN

SAM PERLO-FREEMAN, CATALINA PERDOMO, PETTER STÄLENHEIM UND ELISABETH SKÖNS

MILITÄRAUSGABEN, 2008

Die SIPRI Zahlen über Militärausgaben stützen sich auf Informationen, die aus öffentlichen Quellen zugänglich sind, in erster Linie von Regierungen. Sie stellen eine niedrige Schätzung dar. Das wahre Ausmaß der Militärausgaben ist, aufgrund von nicht einbezogenen Staaten und Angaben, mit Sicherheit weitaus höher. Dennoch können die Schätzungen von SIPRI den überwiegenden Teil der weltweiten Militärausgaben erfassen und Gesamtentwicklungen angemessen widerspiegeln.

Militärausgaben, nach Region, 2008

Region	Ausgaben, 2008 (Mrd. \$)	Zuwachs, 1999– 2008 (%)
Afrika	20,4	+40
Nordafrika	7,8	+94
Südlich der Sahara	12,6	+19
Amerika	603	+64
Karibik
Mittelamerika	4,5	+21
Nordamerika	564	+66
Südamerika	34,1	+50
Asien und Ozeanien	206	+52
Ostasien	157	+56
Ozeanien	16,6	+36
Südasien	30,9	+41
Zentralasien
Europa	320	+14
Osteuropa	43,6	+174
West- und Mitteleuropa	277	+5
Mittlerer Osten	75,6	+56
Welt gesamt	1226	+45

Um einen Vergleich über längere Zeitspannen zu ermöglichen, sind die obigen Zahlen über Militärausgaben in USD in konstanten Preisen (2005) angegeben.

Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2008 schätzungsweise auf eine Gesamtsumme von 1.464 Mrd. USD. Dies entspricht einer realen Steigerung von 4 % verglichen mit 2007, und von 45 % seit 1999. Die Militärausgaben betragen schätzungsweise 2,4 % des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2008. In allen Regionen und Subregionen sind seit 1999 signifikante Anstiege zu verzeichnen, ausgenommen in West- und Mitteleuropa.

Während der achtjährigen Präsidentschaft von George W. Bush sind die US-amerikanischen Militärausgaben in realen Zahlen auf das höchste Niveau seit dem Zweiten Weltkrieg gestiegen, überwiegend verursacht durch die Kriege in Afghanistan und im Irak. Diese Steigerung hat zu einem erheblichen Haushaltsdefizit geführt. Die Konflikte in Afghanistan und im Irak wurden in erster Linie durch Nachtragsbewilligungen im Eilverfahren außerhalb der regulären Haushaltsplanung finanziert und durch Kreditaufnahmen gedeckt. Die Anwendung von Nachtragsbewilligungen hat Bedenken bezüglich der Transparenz und der Kongressaufsicht ausgelöst. Beide Konfliktregionen werden in naher Zukunft weiterhin große finanzielle Ressourcen benötigen, selbst wenn man von einem frühen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak ausgeht.

In West- und Mitteleuropa blieben die Militärausgaben 2008 einigermaßen konstant, obwohl einige neue und zukünftige NATO-Mitglieder ihre Militärausgaben erheblich erhöht haben. In Osteuropa hat Russland die Erhöhungen seiner Ausgaben fortgeführt und seine Pläne für zusätzliche



Aufstockungen beibehalten, trotz schwerer wirtschaftlicher Probleme.

Die Militärausgaben stiegen auch in den meisten Teilen Asiens. China, Indien, Südkorea und Taiwan sind für den Großteil dieses Zuwachses verantwortlich.

Algeriens Militärausgaben stiegen um 18 % auf 5,2 Mrd. USD in realen Zahlen. Dies ist der höchste Zuwachs in Afrika, ausgelöst durch ein hohes Wirtschaftswachstum und zunehmende Unruhen.

In Südamerika hat Brasilien die Erhöhung seiner Militärausgaben fortgeführt, da es einen höheren Status als Regionalmacht anstrebt.

Die Militärausgaben im Mittleren Osten sanken im Jahr 2008 leicht, obwohl dies wahrscheinlich nur vorübergehend ist, da viele Länder der Region größere Waffenkäufe beabsichtigen. Auf der anderen Seite gab es eine große Steigerung beim Irak, dessen Militärbudget 2008 in realen Zahlen um 133 % höher war als noch 2007. Während zuvor die meisten Ressourcen für die irakischen Sicherheitskräfte von den Vereinigten Staaten kamen, wurden diese zunehmend durch nationale Mittel ersetzt. Der Irak bleibt hochgradig abhängig von den Waffenlieferungen der USA. Zahlreiche größere Aufträge sind geplant.

Die 10 Länder mit den höchsten Militärausgaben, 2008

Rang	Land	Ausgaben (Mrd. \$)	Weltanteil (%)
1	USA	607	41,5
2	China	[84,9]	[5,8]
3	Frankreich	65,7	4,5
4	Großbritannien	65,3	4,5
5	Russland	[58,6]	[4,0]
6	Deutschland	46,8	3,2
7	Japan	46,3	3,2
8	Italien	40,6	2,8
9	Saudi Arabien	38,2	2,6
10	Indien	30,0	2,1
Welt gesamt		1464	

[] = SIPRI Schätzung. Die Zahlen zu den Ausgaben sind in aktuellen USD angegeben.

China war 2008 zum ersten Mal das Land mit dem zweitgrößten Militärbudget der Welt. Frankreich hat Großbritannien knapp überholt.

SIPRI verwendet marktbasierete Wechselkurse um die nationalen Militärausgaben in USD umzurechnen, da dies der einfachste messbare Standard ist, der internationale Vergleiche von Militärausgaben ermöglicht. Eine Alternative wäre die Umwandlung der Zahlen durch Verwendung kaufkraftbereinigter Wechselkurse. Wenn auf dem BIP beruhende, kaufkraftbereinigte Wechselkurse in der obigen Tabelle aufgeführt worden wären, würde Russland auf den dritten Platz vorrücken, Indien auf den vierten und Saudi Arabien auf den sechsten nach Großbritannien. Obwohl die USA immer noch weit vorne stünden, würde sich ihre relative Überlegenheit verringern.

Diese Fakten und Daten wurden dem Kapitel 5 und dem Anhang 5A, „Military expenditure data, 1999-2008“, von Petter Stålenheim, Noel Kelly, Catalina Perdomo, Sam Perlo-Freeman und Elisabeth Sköns, entnommen und stützen sich auf die SIPRI Military Expenditure Database, <<http://milexdata.sipri.org/>>.



6. RÜSTUNGSPRODUKTION

SAM PERLO-FREEMAN

DIE SIPRI TOP 100

SIPRI Top 100 ist eine Rangliste der größten Waffenproduzenten der Welt (China ausgenommen) gemessen am Volumen ihrer Waffenverkäufe. Die 10 größten Unternehmen des Jahres 2007 sind im Folgenden aufgeführt.

Die 10 größten Waffenproduzenten der Welt, 2007

Unternehmen (Land)	Waffenverkäufe (Mio. \$)	Profit (Mio. \$)
1 Boeing	30 480	4 074
2 BAE Systems (GB)	29 850	1 800
3 Lockheed Martin	29 400	3 033
4 Northrop Grumman	24 600	1 803
5 General Dynamics	21 520	2 080
6 Raytheon	19 540	1 474
7 EADS (Westeuropa)	13 100	-610
8 L-3 Communications	11 240	756
9 Finmeccanica (Italien)	9 850	713
10 Thales (Frankreich)	9 350	1 214

Die Unternehmen haben ihren Sitz in den USA, abweichende Sitze sind angegeben. Die aufgeführten Profite beziehen sich auf die gesamten Unternehmensaktivitäten, nicht-militärische Verkäufe eingeschlossen.

Acht Unternehmen sind 2007 in die Top 100 aufgestiegen, sieben davon zum ersten Mal. Seit 2002 befinden sich dieselben fünf Unternehmen an der Spitze der SIPRI Top 100, nur in veränderter Reihenfolge. Die einzige Änderung bei den 10 größten Unternehmen seit 2002 war der Austausch von United Technologies durch L-3 Communications. Dies ist ein Symptom für das hohe Maß an Kontinuität, die in der Struktur der westeuropäischen und nordamerikanischen Rüstungsindustrie in den letzten Jahren vorherrschend war.

Die weltweite Rüstungsproduktion stieg auch 2007 weiter an. Die Summe der Waffenverkäufe der hundert größten Rüstungsunternehmen – SIPRI Top 100 – erreichte 347 Mrd. USD, ein Zuwachs von 11 % in nominalen Zahlen und 5 % in realen Zahlen gegenüber 2006. Seit 2002 ist der Wert der Waffenverkäufe der Top 100 um 37 % in realen Zahlen gestiegen.

Vierundvierzig US-Unternehmen machten 61 % der Waffenverkäufe der Top 100 im Jahr 2007 aus, während 32 westeuropäische Unternehmen für 31 % der Waffenverkäufe verantwortlich waren. Auf Russland, Japan, Israel und Indien verteilte sich der Großteil der übrigen Verkäufe.

Dreißig Unternehmen haben ihre Waffenverkäufe um mehr als 30 Prozent gesteigert. Die meisten Verkäufe fielen in eine dieser drei Gruppen:

- Anbieter bewaffneter Fahrzeuge, insbesondere Produzenten von minengesicherten Fahrzeugen (Mine-Resistant Ambush Protected – MRAP), die von den Vereinigten Staaten und anderen ausländischen Streitkräften stationiert in Afghanistan und Irak stark nachgefragt wurden
- Britische Unternehmen, die durch Übernahmen in großem Umfang ihre Präsenz in den USA ausgebaut haben; und
- Unternehmen, die Sicherheitsdienstleistungen anbieten, ebenso wie einige Unternehmen für Militärelektronik.

Die Präsidentschaft von George W. Bush – während der die Militärausgaben der USA drastisch anstiegen – stellte eine Periode der Kontinuität in der Rüstungsindustrie dar. Sie folgte auf eine



Phase der schnellen Fusionen in den 1990er und frühen 2000er Jahren. Tatsächlich ist das Ausmaß der Konzentration in der Industrie, gemessen am Anteil der ersten fünf Unternehmen an den Waffenverkäufen der Top 100, seit 2002 schrittweise gefallen.

Die weltweite Finanzkrise wird sich erst noch auf die Einkünfte, die Gewinne und die Auftragslage der großen Rüstungsunternehmen auswirken, die im Jahr 2008 bisher weiter anstiegen. Ihre Börsenwerte sind indes in gleicher Weise wie die großen Aktienmärkte gefallen. Rüstungsunternehmen könnten einen Rückgang der Nachfrage erleben, wenn Regierungen ihre Militärausgaben in Reaktion auf ihre steigenden Haushaltsdefizite kürzen. Insbesondere russische Rüstungsunternehmen haben Liquiditätsprobleme und empfangen derzeit Staatshilfen.

Die zwei größten Übernahmen von Rüstungsunternehmen im Jahr 2008 waren die Übernahme des IT-Dienstleistungsunternehmens EDS von Hewlett-Packard für 13,9 Mrd. USD und die Übernahme der US-amerikanischen Firma für Militärelektronik DRS Technologies durch Finmeccanica aus Italien für 5,2 Mrd. USD. Letztere war die erste größere Übernahme eines US-Unternehmens durch eine kontinentaleuropäische Firma. Auch britische Unternehmen haben zahlreiche US-Firmen aufgekauft. Die meisten größeren britischen Rüstungsunternehmen sind inzwischen in erheblichem Umfang in den USA vertreten, und einige haben mehr Vermögenswerte und Mitarbeiter in den USA als in Großbritannien (GB).

Nationale oder regionale Anteile an Rüstungsverkäufen der SIPRI Top 100 für 2007

Region/ Land	Anzahl der Unter- nehmen	Waffen- verkäufe (Mrd. \$)
USA	44	212,4
Westeuropa	32	107,6
Russland	7	8,2
Israel	3	5,0
Japan	4	4,8
Indien	3	3,7
Südkorea	4	2,9
Singapur	1	1,1
Kanada	1	0,6
Australien	1	0,5
Gesamt	100	346,9

Die Angaben für ein Land oder eine Region beziehen sich auf die Waffenverkäufe der 100 größten Unternehmen mit Hauptsitz in diesem Land oder dieser Region, einschließlich der in ausländischen Tochterfirmen hergestellten Waffen. Sie spiegeln daher nicht den Verkauf der tatsächlich in dem Land oder der Region produzierten Waffen wider.

ÜBERNAHMEN IN DER RÜSTUNGSINDUSTRIE, 2008

Es gab vier Übernahmen von Rüstungsunternehmen, mit einem jeweiligen Wert von über einer Mrd. USD. Dies ist ein Rückgang gegenüber den sieben in 2007.

Die größten Übernahmen in der Rüstungsindustrie innerhalb der OECD, 2008

Käuferunter- nehmen	Gekauftes Unternehmen	Wert der Transaktion (Mio. \$)
Hewlett-Packard	EDS	13 900
Finmeccanica	DRS Technologies	5 200
Candover	Stork	2 160
Dassault Aviation	20.8% von Thales	2 200

Diese Fakten und Daten wurden dem Kapitel 6, Anhang 6A, „The SIPRI Top 100 arms producing companies, 2007“, von Sam Perlo-Freeman und dem SIPRI Arms Industry Network, und Anhang 6B, „Major arms industry acquisitions, 2008“, von Sam Perlo-Freeman entnommen.

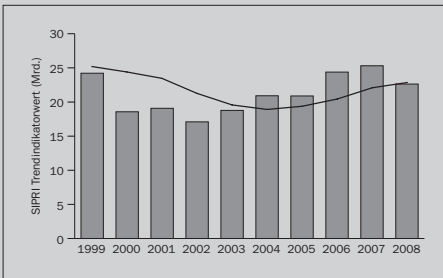


7. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS

SIEMON T. WEZEMAN, MARK BROMLEY UND PIETER D. WEZEMAN

DIE EXPORTEURE UND IMPORTEURE VON GRÖßEREN KONVENTIONELLEN WAFFEN

Die Entwicklung beim Handel mit größeren konventionellen Waffen, 1999–2008



Balkendiagramm: jährliche Gesamtsumme;
Liniendiagramm: Veränderung im
Fünfjahresdurchschnitt (angezeigt im letzten Jahr
jeder Fünfjahresperiode).

Die fünf größten Exporteure von größeren konventionellen Waffen, 2004–2008

Exporteure	Anteil am weltweiten Waffen-export (%)	Hauptimporteure (Anteil an den Gesamtlieferungen des Exporteurs)
USA	31	Südkorea (15%) Israel (13%) VAE (11%)
Russland	25	China (42%) Indien (21%) Algerien (8%)
Deutschland	10	Türkei (15%) Griechenland (13%) Südafrika (12%)
Frankreich	8	VAE (32%) Singapur (13%) Griechenland (12%)
GB	4	USA (21%) Indien (14%) Chile (9%)

Seit 2005 gibt es einen steigenden Trend bei den Exporten größerer konventioneller Waffen. Der Jahresdurchschnitt für 2004-2008 war um 21 Prozent höher als der für die Jahre 2000-2004.

Die Vereinigten Staaten und Russland bleiben bei weitem die größten Exporteure, gefolgt von Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Zusammen machten diese fünf Länder 79 Prozent des gesamten Exportvolumens für 2004-2008 aus. Sie sind die fünf größten Waffenlieferanten seit dem Ende des Kalten Krieges und sind für mindestens drei Viertel aller jährlichen Waffenexporte verantwortlich gewesen.

Ostasien, Europa und der Mittlere Osten sind 2004-2008 weiterhin die größten Empfängerregionen. Jede Region erhielt rund 20 Prozent aller Importe. China blieb der größte Einzelempfänger für den Zeitraum 2004-2008, gefolgt von Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Südkorea und Griechenland.

China ist seit den 1990er Jahren einer der größten Empfänger von Waffen und seit ein paar Jahren der weltweit größte Waffenimporteur. Die meisten chinesischen Waffenimporte kommen aus Russland. Jedoch gingen die russischen Lieferungen nach China in den Jahren 2007 und 2008 signifikant zurück. China hatte seinen Zugang zu russischer Technologie genutzt um eigene Waffen zu entwickeln. In einigen Fällen verwendete es dazu illegal kopierte russische Komponenten. Beide Länder einigten sich 2008, geistige Eigentumsrechte, insbesondere für militärische Ausrüstung, zu respektieren.

Indien wird als der vielleicht wichtigste nationale Absatzmarkt für Waffen in



naher Zukunft gesehen. Ein großer Teil der indischen Waffenimporte stammt ebenfalls aus Russland. An gegenwärtigen Aufträgen gemessen wird Russland Indiens wichtigster Lieferant bleiben. Allerdings haben Russlands Forderung nach höheren Preisen für in Auftrag gegebene Waffen sowie Qualitätsprobleme mit gelieferten Waffen die Beziehungen belastet. Anders als China hat Indien die Möglichkeit auf andere Lieferanten, so wie Frankreich, Israel oder Großbritannien auszuweichen. In letzter Zeit haben sich Indiens Beziehungen zu den USA verbessert. 2008 wurden zwei große Aufträge über hochtechnologische US-Waffen unterzeichnet.

Der Krieg zwischen der srilankischen Regierung und den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE oder Tamil Tigers) zeigt wie sehr sogar kleine Waffen- oder Munitionslieferungen starke negative Folgen in Konflikten haben können. Der Erwerb von einigen wenigen maritimen Waffensystemen verlieh der Regierung die Fähigkeit den Waffenschmuggel der LTTE zu unterbinden. In Verbindung mit den Importen von Munitionsbeständen hat dies das militärische Gleichgewicht zugunsten der Regierung derart verschoben, dass diese eine militärische Lösung anstreben konnte, was zu einem der blutigsten Konflikte im Jahr 2008 geführt hat.

Die fünfgrößten Importeure von größeren konventionellen Waffen, 2004–2008

Importeur	Anteil am globalen Waffenimport (%)	Hauptexporteure (Anteil an den des transfers)
China	11	Russland (92%)
Indien	7	Russland (71%)
VAE	6	USA (54%)
Südkorea	6	USA (73%)
Griechenland	4	Deutschland (31%)

DER FINANZIELLE WERT DES WAFFENHANDELS, 2007

Es ist nicht möglich den genauen finanziellen Wert des internationalen Waffenhandels anzugeben. Doch wenn man die Finanzdaten der Hauptexporteure aggregiert, kann eine annähernde Schätzung vorgenommen werden. Der geschätzte Wert des internationalen Waffenhandels 2007 betrug 51,1 Mrd. USD. Dies waren 0,3 Prozent des Welthandels. Diese Zahl liegt unterhalb des tatsächlichen Wertes, da eine Reihe von bedeutenden Exporteuren, einschließlich China, keine Daten über den finanziellen Wert ihrer Waffenexporte veröffentlichen.

Nach nationalen Regierungs- und Industrieangaben waren 2007 die USA der größte Waffenexporteur, mit Exporten im Wert von 12,8 Mrd. USD. Russland folgte auf dem zweiten Platz mit 7,4 Mrd., Frankreich auf dem dritten mit 6,2 Mrd., Israel auf dem vierten mit 4,4 Mrd. und Großbritannien auf dem fünften Platz mit 4,1 Mrd. USD. Nach diesen Angaben taucht Deutschland nicht unter den ersten fünf auf.

Diese Fakten und Daten wurden dem Kapitel 7, Anhang 7A, „The suppliers and recipients of major conventional weapons“, vom SIPRI Arms Transfers Project, und Anhang 7B, „The financial value of the arms trade“, von Mark Bromley, entnommen und stützen sich teilweise auf die SIPRI Arms Transfers Database, <<http://armstrade.sipri.org/>>.



8. GLOBALE ATOMSTREITKRÄFTE

SHANNON N. KILE, VITALY FEDCHENKO UND HANS M. KRISTENSEN

ATOMSTREITKRÄFTE DER WELT, 2009

Stationierte Sprengköpfe, Januar 2009

Staat	Strategische Sprengköpfe	Nicht-strategische Sprengköpfe	Gesamtzahl aller einsetzbaren Sprengköpfe
USA	2 202	500	2 702
Russland	2 787	2 047	4 834
GB	160	–	160
Frankreich	300	–	300
China	186	..	186
Indien	–	–	60–70
Pakistan	–	–	60
Israel	–	–	80
Gesamt			8 392

Alle Angaben sind Schätzwerte.

Nordkorea hat im Oktober 2006 und im Mai 2009 nukleare Testexplosionen durchgeführt. Es ist nicht öffentlich bekannt, ob das Land Nuklearwaffen hergestellt hat.

WELTWEITE BESTÄNDE SPALTBAREN MATERIALS, 2008

Nach dem Stand von 2008 betragen die weltweiten Bestände von hoch angereichertem Uran insgesamt ungefähr 1.379 Tonnen (abzüglich der 297 Tonnen, die zu natürlichem Uran zurück verarbeitet werden sollen). Die weltweiten militärischen Bestände von abgeschiedenem Plutonium machen ungefähr 255 Tonnen aus, die Zivilbestände 246 Tonnen.

Diese Fakten und Daten sind dem Kapitel 8 und Anhang 8A, „Global stocks of fissile materials, 2008“, von Alexander Glaser und Zia Mian, vom International Panel on Fissile Materials, Princeton University entnommen.

Im Januar 2009 besaßen acht Staaten insgesamt mehr als 23.300 Atomwaffen, dies umfasst einsatzbereite Sprengköpfe, Reserven – in aktiver und inaktiver Lagerung – sowie Sprengköpfe, die zur Demontage vorgesehen sind.

Alle fünf im Nichtverbreitungsvertrag von 1968 rechtlich anerkannten Atomwaffenstaaten – China, Frankreich, Großbritannien, Russland, und die USA – sind entweder dabei neue Atomwaffensysteme zu stationieren oder haben ihre Absicht verkündet, dies in Zukunft zu tun. Gleichzeitig befinden sich Russland und die USA infolge des Vertrages über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START Vertrag) von 1991 und des Vertrages über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT) von 2002 im Prozess der Reduzierung ihrer einsatzbereiten Nuklearwaffenarsenale gegenüber dem Niveau des Kalten Krieges. Russland und die USA haben zudem angekündigt über ein neues Abkommen zu verhandeln, das noch weitergehende Reduzierungen mit sich bringen würde.

Indien und Pakistan, die gemeinsam mit Israel de facto Atomwaffenstaaten außerhalb des Nichtverbreitungsvertrags sind, führen die Entwicklung neuer tragfähiger Raketensysteme für Nuklearwaffen fort und sind außerdem dabei ihre Kapazitäten zur Produktion von spaltbarem Material auszuweiten.



9. ATOMARE RÜSTUNGSKONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG

SHANNON N. KILE

Auch 2008 stand Irans Kernwaffenprogramm im Zentrum der internationalen Debatte. Iran fuhr fort Gaszentrifugen in seiner Urananreicherungsanlage in Natanz zu installieren, was den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu veranlasste die Resolutionen 1803 und 1835 zu verabschieden. In diesen wird gefordert, dass der Iran alle Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten einstellt. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) bemühte sich Hinweise auf Forschungen und andere Aktivitäten, die zu einer möglichen militärischen Nutzung des iranischen Atomprogramms führen könnten, zu untersuchen. Irans Widerstand verhinderte die Fortführung der Untersuchung und zeigte die Defizite der IAEA einen Verdacht auf nukleare Bewaffnungsaktivitäten wirksam zu untersuchen.

Das Jahr 2008 endete mit dem Scheitern des bei den Sechs-Parteien-Gesprächen erzielten Abkommens zwischen China, Japan, Nordkorea, Südkorea, Russland und den USA. Es hatte einen mehrstufigen Plan vorgesehen, nach dem Nordkorea seine nuklearen Einrichtungen stilllegen und „zum Zwecke der späteren Demontage“ außer Stand setzen sollte, um im Gegenzug wirtschaftliche und politische Beihilfen zu erhalten. Nordkorea und die USA gerieten in Streit über die Maßnahmen zur Verifizierung von Nordkoreas Angaben über sein Programm zur Herstellung von Plutonium. Im Zentrum stand die Frage ob Inspektoren auch Betriebsstätten besichtigen könnten, die in Nordkoreas Erklärung ausgenommen sind und ob sie Umweltproben nehmen und andere

forensische Techniken einsetzen dürften. Der Streit setzte sich fort angesichts US-amerikanischer und israelischer Anschuldigungen, dass Nordkorea Syrien verdeckte technische Unterstützung beim Bau eines unangemeldeten Atomreaktors gegeben habe.

Andernorts haben Russland und die USA ihre Vorgespräche über ein neues bilaterales Abkommen zur atomaren Abrüstung fortgeführt. Es soll der Folgevertrag zum Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START Vertrag) von 1991 und zum Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT) von 2002 verabschiedet werden. Der START Vertrag, der Verifikationsmechanismen enthält, mit denen die USA und Russland gegenseitig ihre strategischen Atomstreitkräfte überwachen, läuft im Dezember 2009 aus. Beide Seiten sind weiterhin uneins über Regeln zur Begrenzung der Stationierung von Langstreckenraketen und Flugzeugen sowie über den Status der Sprengköpfe, die außer Betrieb sind.

Das Wiederaufleben des Interesses an nuklearer Abrüstung hielt 2008 an, da führende ehemalige Staatsmänner in Großbritannien und Deutschland zu Aktionen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Welt aufriefen. Die Rückkehr der nuklearen Abrüstung als Thema in der öffentlichen Diskussion unterstützte die Entstehung mehrerer neuer Initiativen von Regierungen, teilweise in Verbindung mit führenden Nichtregierungsorganisationen, zur Förderung der nuklearen Abrüstung.



10. VERRINGERUNG DER SICHERHEITSBEDROHUNGEN DURCH CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE WAFFEN

JOHN HART UND PETER CLEVESTIG

Im Jahr 2008 führten Politiker den Ausbau von Präventions- und Reaktionsmaßnahmen gegen wahrgenommene Bedrohungen durch chemische und biologische Kriegsführung (CBW) fort. Diesen Bedrohungen wurde mit übergreifenden Initiativen und Maßnahmen begegnet, zu denen auch Versuche zählten, den Grad der durch biologischen und chemischen Terrorismus dargestellten Bedrohung zu bestimmen.

Die Parteien des Biowaffenübereinkommens (BTWC) von 1972 hielten nach dem 2006 vereinbarten intersessionalen Programm für 2007-2010 das zweite Expertentreffen ab. Auch die Zweite Überprüfungskonferenz des Chemiewaffenübereinkommens (CWC) von 1993 fand 2008 statt. Zum ersten Mal war diese Konferenz der Vertragsparteien nicht in der Lage das Abschlussdokument im Konsens zu verabschieden.

Die US-Regierung verkündete, dass der US-Militärwissenschaftler Bruce E. Ivins für die Anschläge mit Anthrax-Briefen im Jahr 2001 allein verantwortlich war. Kurz bevor Ivins verhaftet werden sollte, beging er Selbstmord. Einige Analysten und frühere Kollegen äußerten Zweifel daran, dass Ivins alleine gehandelt habe oder dass er überhaupt verantwortlich sei. Dieser Fall unterstreicht die Bedeutung mikrobieller Forensik zur Unterstützung polizeilicher Ermittlungen.

Der Trend zu umfassenderer internationaler Berichterstattung und Informationsermittlung über die Aktivitäten nichtstaatlicher Akteure unter anderem im Rahmen der „Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen (UN) zur Bekämpfung des Terrorismus“ von 2006 setzte sich fort. Es

wurde die Empfehlung verabschiedet, dass die Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ die Finanzierung des Terrorismus eindämmen soll. Zudem soll die Hafen- und Flughafensicherheit weiterentwickelt werden. Die Internationale Seeschiffahrts-Organisation soll ein neues verbindliches, weiträumiges Verfolgungs- und Identifizierungssystem entwickeln, um Schiffe weltweit erfassen und verfolgen zu können.

CBW-Präventionsstrategien umfassen die effektive nationale Implementierung, die Festlegung von Verhaltensregeln und von Regeln zur chemischen und pathogenen Sicherheit, sowie Aktivitäten zur Bewusstseinsförderung. Diese äußerten sich in einer zunehmenden Anzahl regionaler Aktivitäten, Workshops und Trainings.

Das BTWC und das CWC umfassen eine wachsende Zahl von Staaten, jedoch verweigern einige Staaten weiterhin den Beitritt. Der Anstieg der Mitgliederzahlen belegt das steigende Interesse zur Schaffung und Implementierung nationaler Gesetzgebung zum Verbot von CBW, welche die Hürden für den CBW-Terrorismus erhöhen soll. Dies wurde unter anderem durch die UN-Sicherheitsratsresolution 1540, durch verschiedene Aktionspläne, gemeinsame Aktionen der Europäischen Union, bilaterale Kontakte zwischen Regierungen und regionale Workshops sowie Seminare über die effektive Implementierung von Gesetzen zum Verbot von CBW erreicht.



11. KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE

ZDZISLAW LACHOWSKI UND SVENJA POST

Die Bemühungen, den Gebrauch „unmenschlicher Waffen“ auf globaler Ebene einzuschränken, erreichten 2008 einen bemerkenswerten Durchbruch. Der Oslo Prozess, der 2006 ins Leben gerufen wurde, um Streumunition zu stigmatisieren und effektiv zu bekämpfen, mündete in einer rechtlich bindenden Konvention: dem Übereinkommen über Streumunition (CCM). Trotz der wiederholten Behauptungen, Streumunition sei militärisch sinnvoll und die Konvention angesichts der Nicht-Beteiligung der größten Nutzer, Produzenten und Besitzer von Streumunition nur begrenzten Effekt habe, wird gehofft, dass das CCM zu ihrer moralischen und politischen Stigmatisierung beiträgt. Und zwar in dem Ausmaß, dass sich Regierungen, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, zunehmend zurückhalten werden diese Waffen einzusetzen.

Die Situation bei der Kontrolle europäischer konventioneller Waffen bleibt beunruhigend. Nachdem Russland im Dezember 2007 entschied, seine Teilnahme am Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 1990 „auszusetzen“, befand sich der Vertrag 2008 in der Schwebe. Der Vorschlag der „parallelen Aktivitäten“ von den westlichen Vertragsstaaten blieb auf dem Verhandlungstisch, während Russland vage auf die Möglichkeit eines breiteren Europäischen Sicherheitsvertrages hinwies. Alle KSE-Vertragsstaaten außer Russland hatten bis dato die Bestimmungen des Vertrags vollständig implementiert. Aber trotz guten Willens auf ihrer Seite, droht der Vertrag durch

die kontinuierliche Aushöhlung einen Punkt zu erreichen, an dem es kein Zurück mehr gibt. Auf der anderen Seite eröffnet die gegenwärtige Krise die Gelegenheit, die Angemessenheit des KSE-Regimes in Bezug auf die neuen Realitäten europäischer Sicherheit zu überdenken. Ein weiteres Regime zur konventionellen Rüstungskontrolle, wenn es von Bedeutung sein soll, benötigt eine stark verbesserte Sicherheitskooperation im euro-atlantischen Raum, die derzeit fehlt.

Im Gegensatz zur Misere des KSE-Vertragsregimes funktionierte der subregionale Rüstungskontrollrahmen im Westbalkan weiterhin reibungslos. Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa sind jetzt auf ausgewählte Regionen beschränkt, während ähnliche Initiativen andernorts nicht befriedigend fortgeschritten sind. In der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist man bestrebt multidimensionalen Bedrohungen entgegen zu wirken, insbesondere solchen die nichtstaatlicher Natur sind. Die praktischen Unterstützungsmaßnahmen, die die OSZE Mitgliedstaaten erfahren, werden als Kernbestandteile der Verbesserung der Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region angesehen. Dazu gehören Hilfeleistungen bei Problemen mit Kleinwaffen und leichten Waffen, bei der Lagerung konventioneller Munition sowie bei der Fortschreibung und Straffung des Verhaltenskodex' von 1994 über politisch-militärische Aspekte von Sicherheit.



12. KONTROLLE SICHERHEITSRELEVANTER INTERNATIONALER EXPORTE

IAN ANTHONY UND SIBYLLE BAUER

MULTILATERALE WAFFENEMBARGOS, 2008

2008 waren 27 bindende multilaterale Waffenembargos in Kraft, die sich gegen insgesamt 15 Staaten bzw. Gruppen richteten. Zwölf der Embargos waren von den Vereinten Nationen (UN) und 15 von der EU verhängt worden.

Im zweiten Jahr in Folge hat der UN-Sicherheitsrat keine neuen Waffenembargos verhängt. Das UN-Waffenembargo gegen die nichtstaatlichen Truppen in Ruanda wurde 2008 aufgehoben. Signifikante Ergänzungen wurden beim UN-Waffenembargo gegen die Demokratische Republik Kongo (DRK), den Iran und Somalia vorgenommen. Die UN weitete ihre Waffenembargos gegen Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen, Côte d'Ivoire, nichtstaatliche Truppen in der DRK, Iran, Liberia und Somalia aus.

Neun der 15 EU-Embargos sind direkte Implementierungen von UN-Waffenembargos. Die EU verhängte 2008 keine neuen Waffenembargos. Das Embargo gegen die DRK hob die EU jedoch auf und ersetzte es in Reaktion auf die Veränderungen des entsprechenden UN-Waffenembargos durch ein neues. Zudem dehnte die EU ihre Waffenembargos gegen Côte d'Ivoire, Myanmar und Usbekistan aus.

Im Verlauf von 2008 wurden Georgien und Simbabwe UN-Waffenembargos von mindestens einem der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats ausdrücklich angedroht. Erst zum zweiten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges haben ständige Mitglieder gegen einen Resolutionsentwurf des

Staaten treffen sich in verschiedenen Foren, um zu beraten wie sie effektive Exportkontrollen aufrechterhalten können für Güter, die für atomare, biologische und chemische Waffen verwendet werden könnten oder für die dazugehörigen Raketenträgersysteme. Die wichtigsten Exportkontrollregime sind:

- die Australische Gruppe (AG)
- das Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR)
- die Gruppe Nuklearer Lieferländer (NSG), und
- das Wassenaar Arrangement über die Exportkontrollen für konventionelle Waffen sowie Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (WA).

2008 modifizierte die NSG die Auslegung ihrer Exportrichtlinien bei Lieferungen von kontrollierten Gütern nach Indien. Sie nahm Abstand von ihrer vorherigen Vereinbarung, in der die Anwendung der umfassenden Schutzmaßnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) eine objektive Voraussetzung für die Lieferung war.

Diese Entscheidung ist ein Beweis dafür, dass Exportkontrollen sich schrittweise weg bewegen von einem System, das auf klaren Regeln für die allgemeine Anwendung beruht, hin zu einem System, in dem die Kontrollen auf verschiedene Kategorien von Ländern zugeschnitten sind. Die mächtigsten Teilnehmerstaaten in der NSG glauben, dass es eine politische Notwendigkeit gibt die Verbindungen mit Indien zu stärken. Die meisten Staaten mit führender Atomindustrie sind überzeugt, dass es



trifftige wirtschaftliche und ökologische Argumente für die Einbindung von und die Kooperation mit Indien gibt.

2008 verabschiedete die Europäische Union (EU) schließlich eine überarbeitete und nachgebesserte Fassung des politisch verbindlichen EU-Verhaltenskodex' über Waffenexporte von 1998 als einen rechtlich bindenden gemeinsamen Standpunkt. Die Entscheidung beinhaltet mehrere wichtige Veränderungen, die in die „Gemeinsamen Regeln für die Kontrolle von Militärtechnologie und Militärgütern“ mündeten. Die EU Mitgliedsstaaten sind nun verpflichtet diese Regeln national zu implementieren. Diese Veränderungen der EU Exportkontrollregeln und -verfahren innerhalb der EU im Jahr 2008 unterstreichen die allgemeine Bedeutung die notwendigen Ressourcen für die Implementierung und Durchsetzung der europaweiten Exportkontrollen zur Verfügung zu stellen.

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Initiativen ergriffen um vereinfachte Verfahren zu entwickeln, um den Handel mit Verteidigungsgütern innerhalb von vertrauenswürdigen Gemeinschaften zu erleichtern. Die Erste ist die Entwicklung neuer Regeln, um den Handel mit Verteidigungsgütern innerhalb der EU zu vereinfachen. Die Zweite ist das – bisher nicht erfolgreiche – Bemühen, bilaterale Verträge zwischen Australien und den USA und zwischen Großbritannien und den USA in Kraft zu setzen. Diese Verträge benötigen noch die Ratifizierung des US-Senates.

UN-Sicherheitsrates, der die Auferlegung eines Waffenembargos vorsah, Veto eingelegt: China und Russland stimmten beide gegen ein UN-Waffenembargo für Simbabwe.

Multilaterale Waffenembargos, die im Jahr 2008 in Kraft waren

Waffenembargos der Vereinten Nationen

Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen
Côte d'Ivoire
Demokratische Republik Kongo (NGF*)
Iran (bezogen auf Technologien für Trägersysteme von Nuklearwaffen)
Irak (NGF*)
Libanon (NGF*)
Liberia
Nordkorea
Ruanda (NGF*)
Sierra Leone (NGF*)
Somalia
Sudan (Darfur)

Waffenembargos der Europäischen Union

Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen
China
Côte d'Ivoire
Demokratische Republik Kongo
Iran
Irak (NGF)
Libanon (NGF)
Liberia
Myanmar
Nordkorea
Sierra Leone (NGF)
Somalia
Sudan
Usbekistan
Simbabwe

NGF = Nichtstaatliche Truppen.

Diese Fakten und Daten sind dem Anhang 12 A, „Multilateral arms embargoes“, von Paul Holtom und Noel Kelly entnommen.



ANHÄNGE

NENNE BODELL

Anhang A „Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen“ beinhaltet Zusammenfassungen multi- und bilateraler Verträge, Konventionen, Protokolle und Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie Listen der Unterzeichner- und Vertragsstaaten.

Anhang B „Internationale Sicherheitsorganisationen“ beschreibt die größten internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen, Vertragsorgane und Exportkontrollregime, deren Ziele die Förderung von Sicherheit, Stabilität, Frieden oder Rüstungskontrolle umfassen sowie Listen ihrer Mitglieder oder Teilnehmer.

Anhang C „Chronologie 2008“, führt die bedeutenden Ereignisse in Bezug auf Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit im Jahr 2008 auf.

Diese Anhänge sind im SIPRI Jahrbuch 2009 zu finden.

Verträge, die am 1. Januar 2009 in Kraft waren

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll)
- 1948 Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermord Konvention)
- 1949 Genfer Konvention (IV) zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1959 Antarktis-Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller Teststoppvertrag, PTBT)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/ Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag, NPT)
- 1971 Vertrag zum Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio- und Toxinwaffen-Übereinkommen, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosion zu friedlichen Zwecken (PNET)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (Enmod Konvention)



- 1977 Zusatzprotokoll I und II zu den Genfer Konventionen von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte und über den Schutz der Opfer nicht-internationaler bewaffneter Konflikte
- 1980 Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW Übereinkommen oder Konvention über „unmenschliche Waffen“)
- 1985 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE Vertrag)
- 1991 Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START I Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (Treaty on Open Skies)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen Konvention, CWC)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasiens (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Florenz Abkommen)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Anti-Landminen-Konvention, Ottawa-Konvention)
- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument zu den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2002 Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT Vertrag)
- 2006 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk)
- Verträge, die am 1. Januar 2009 nicht in Kraft waren**
- 1972 Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen (ABM Vertrag)
- 1993 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II Vertrag)
- 1996 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Afrika (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Umfassender Teststoppvertrag (CTBT)
- 1999 Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags
- 2006 ECOWAS Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2008 Übereinkommen über Streumunition (CCM)



NEUERE SIPRI PUBLIKATIONEN

Enforcing European Union Law on Exports of Dual-Use Goods

SIPRI Research Report No. 24
Anna Wetter
Oxford University Press, 2009

Prosecuting Conflict-Related Sexual Violence at the International Criminal Court

SIPRI Insights on Peace and Security No. 2009/1
Ashley Dallman
SIPRI, Mai 2009

Air Transport and Destabilizing Commodity Flows

SIPRI Policy Paper No. 24
Hugh Griffiths und Mark Bromley
SIPRI, Mai 2009

Chemical and Biochemical Non-lethal Weapons: Political and Technical Aspects

SIPRI Policy Paper No. 23
Ronald G. Sutherland
SIPRI, November 2008

Transparency in Transfers of Small Arms and Light Weapons: Reports to the United Nations Register of Conventional Arms, 2003–2006

SIPRI Policy Paper No. 22
Paul Holtom
SIPRI, Juli 2008

SIPRI Yearbook 2008: Armaments, Disarmament and International Security

Oxford University Press, 2008

Terrorism in Asymmetrical Conflict: Ideological and Structural Aspects

SIPRI Research Report no. 23
Ekaterina Stepanova
Oxford University Press, 2008

The Effectiveness of Foreign Military Assets in Natural Disaster Response

Sharon Wiharta et al.
SIPRI, 2008

Informationen über alle SIPRI Publikationen sind erhältlich auf <http://books.sipri.org/>.



SO KÖNNEN SIE BESTELLEN

SIPRI Yearbook 2009: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht im Juni 2009 durch Oxford University Press im Auftrag des Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstituts.

ISBN 978-0-19-956606-8, gebundene Ausgabe, 594 Seiten, Preis £85/\$150

Das *SIPRI Yearbook 2009* kann im Buchhandel, bei den meisten Online-Buchhändlern oder direkt bei Oxford University Press bestellt werden.

Online Bestellungen

OUP UK: <<http://www.oup.co.uk/>>

OUP USA: <<http://www.oup.com/us/>>

Telefonische Bestellungen

OUP UK: +44 1536-741 017

OUP USA: +1 800-451 7556

Fax Bestellungen

OUP UK: +44 1536-454 518

OUP USA: +1 919-677 1303

Email Bestellungen

OUP UK: book.orders@oup.co.uk

OUP USA: customers@oup-usa.org

Weitere Informationen gibt es unter <<http://www.sipri.org/yearbook/>>

**STOCKHOLM INTERNATIONAL
PEACE RESEARCH INSTITUTE**

SIPRI YEARBOOK 2009

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Jahrbuch ist eine Zusammenstellung der Daten und Analysen in den Bereichen

- Sicherheit und Konflikte
- Militärausgaben und Rüstung
- Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Diese Broschüre fasst die 40. Ausgabe des SIPRI Jahrbuchs zusammen. Sie beinhaltet die Berichte über Entwicklungen im Jahr 2008 in den Bereichen

- Massenvertreibung ausgelöst durch Konflikte
- Trends bei bewaffneten Konflikten
- Friedenssicherung
- Konflikt in Afghanistan
- Militärausgaben
- Rüstungsproduktion
- Internationale Rüstungstransfers
- Globale Atomstreitkräfte und Bestände von spaltbarem Material
- Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Kontrolle chemischen und biologischen Materials
- Konventionelle Rüstungskontrolle
- Kontrolle sicherheitsrelevanter Exporte
- Multilaterale Waffenembargos

Das SIPRI Jahrbuch hat auch umfangreiche Anhänge über Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen, internationale sicherheitspolitische Kooperationen und eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2008 im Bereich Sicherheit und Rüstungskontrolle.

